

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Grundsätzliche Zustimmung zum Abfallgesetz

Der Landtag befassete sich gestern vormittag eingehend mit der Gesetzesvorlage

Das neue Abfallgesetz, das vom Verursacherprinzip ausgeht und eine Änderung in der Kompetenzordnung von Staat und Gemeinden vornimmt, wurde gestern vom Landtag in zweiter Lesung eingehend beraten. An den Grundsätzen der Vorlage wurde nicht gerüttelt, doch stellten verschiedene Abgeordnete eine Reihe von Änderungsanträgen, die zumeist eine Mehrheit im Plenum fanden. Bis zur Mittagspause waren erst etwa zwei Drittel der Gesetzesbestimmungen durchberaten, der Rest folgte nach der Unterbrechung zur Fragestunde und der nichtöffentlichen Sitzung am Nachmittag.

Der Landtag hatte bereits während der Eintretensdebatte und der ersten Lesung kurz vor Weihnachten seine grundsätzliche Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage signalisiert. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als zuständiger Ressortinhaber für Umweltschutz gab damals schon auf einige offene Fragen erschöpfend Auskunft, so dass sich ein Bericht der Regierung zu den einzelnen Anfragen nicht mehr aufdrängte. In einer Antwort auf die Frage des VU-Abgeordneten Günther Wohlwend, der einen schriftlichen Bericht der Regie-

### Leitbild zur Abfallentsorgung

Einstimmig hiess der Landtag die Bestimmung der Vorlage gut, nach der die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Leitbild zur Abfallentsorgung zu erlassen hat. Dieses Leitbild enthält nach dem Gesetzestext die Grundsätze zur Abfallverwertung, ermittelt Art und Bedarf an Entsorgungsanlagen und bezeichnet mögliche Standorte für Entsorgungsanlagen von Sonderabfällen.

Ohne Vorbehalte unterstützte der Landtag auch den Antrag der Regierung, dieses Leitbild periodisch den Verhältnissen und dem Stand der Abfalltechnik anzupassen.

### Verursacherprinzip im Vordergrund

Zu einer längeren Diskussion kam es dagegen im Bereich des Verursacherprinzips, das sich als klare Linie durch die Regierungsvorlage hindurchzieht. Einstimmig genehmigte der Landtag den Grundsatz, dass der Besitzer von Abfällen die Kosten für die Sammlung, Verwertung, Unschädlichmachung oder Beseitigung zu tragen habe. Doch mit der Bestimmung, wonach die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Abfall-Aufgaben entsprechende Gebühren zu entrichten hätten, taten sich die VU-Abgeordneten schwer. Offenbar den VU-Vorsteher in Schellenberg vor Augen, der den Gemeindezu-

schlag senkte, ohne die Gebühren für die Abfallentsorgung – wie in anderen Gemeinden – einzuheben, setzten sie sich für die ersatzlose Streichung dieser Bestimmung ein und pochten auf die Gemeindeautonomie, die es jeder Gemeinde offen lassen sollte, Gebühren zu erheben oder nicht.

### Mit Gebühren Abfall reduzieren

Der Grundgedanke des Abfallgesetzes besteht jedoch gerade darin, dass mit der Einhebung von Gebühren zur Reduktion der Abfallmenge beigetragen werden soll. Die Gebührentarife, so der Vorschlag der Regierung, «sollen unter Berücksichtigung des Bezugsaufwands die Reduktion der Abfallmengen und die umweltschonende Verwertung der Abfälle unterstützen.» Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille setzte sich für diese Bestimmung ebenso ein wie Landtagsvizepräsident Josef Büchel und der FBP-Abgeordnete Johann Kindle, der erklärte, Umweltschutz brauche zur Durchsetzung auch unpopuläre (aber wirksame) Massnahmen. Nachdem die Diskussion sich ins Detail zu verlieren drohte, brach Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter die Debatte ab und ersuchte die Abgeordneten um Fragen an die Regierung. Dann zog sich der Landtag vor der Mittagspause zur nichtöffentlichen Sitzung zurück. (G.M.)



## Liechtenstein unterlag Israel 1:2

(ch) – Liechtensteins Junioren-A-Auswahl schaffte gestern am frühen Abend im Sportpark Eschen/Mauren im freundschaftlichen Länderspiel gegen Israel einen Achtungserfolg. Unser Team verlor vor rund 200 Zuschauern nur mit 1:2 Toren, wobei das Endresultat bereits zur Pause feststand. Die Gäste aus Israel, die in dieser Woche in einem Trainingslager in Liechtenstein weilten, starteten gestern furios und drängten die Liechtensteiner in den ersten 20 Minuten arg in die Defensive zurück. In der 17. Minute fiel mittels Penalty das 0:1 durch Ben Shimon Ran. Bereits drei Minuten später erhöhten die Israelis nach einer schönen Kombination durch Zohar Itzhak auf 0:2. Für die Liechtensteiner schien sich eine Kanterniederlage anzubahnen. Der erste Angriff jedoch brachte in der 23. Minute durch ein schönes Freistosstor von Harry Zech das 1:2. In der zweiten Halbzeit tat sich nicht mehr allzuviel, und es blieb beim für Liechtenstein ehrenvollen 1:2. Unser Bild zeigt einen Angriff der Israelis. (Bild: B. Schurte)

## Abfallgesetz verabschiedet

Der Landtag befassete sich in der Nachmittagsitzung weiter mit der Vorlage für ein neues Abfallgesetz und stimmte schliesslich nach einigen Änderungen dem Entwurf der Regierung zu. Die Abstimmung über das neue Abfallgesetz erfolgte einstimmig.

Der Landtag vermisste, gab Dr. Herbert Wille zu verstehen, dass der Landtag die Regierung nicht aufgefordert habe, eine entsprechende Stellungnahme bis zur zweiten Lesung abzugeben.

### Verbesserung der Oeko-Bilanz

Der VU-Abgeordnete Dr. Helmuth Matt, der eine Reihe von Abänderungsanträgen stellte, wollte bereits im Grundsatztitel den Begriff der «Oeko-Bilanz» verankert wissen, was ihm von den Abgeordneten einstimmig gewährt wurde. Das Abfallgesetz geht damit davon aus, dass einerseits die Entstehung von Abfall möglichst vermieden werden sollte und schädliche sowie lästige Einwirkungen vorsorglich zu begrenzen seien. Im weiteren kann die Regierung mit Verordnung vorschreiben, dass bestimmte Abfälle verwertet werden, wenn durch die Verwertung die Ökobilanz verbessert und die Umwelt weniger belastet wird als durch eine andere Form der Behandlung oder die Ablagerung dieser Abfälle. Künftig müssen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die Abfälle nach Abfallarten entsorgt werden, was bewirtschaften, verwerten, unschädlich machen oder beseitigen heissen kann.

## Einbürgerungen bewirken Senkung der Ausländerquote

Im letzten Jahr wurden 364 vormalige Ausländer eingebürgert – 34,2 Prozent Ausländer

Die Zahl der Ausländer in unserem Land hat sich, wie aus der neuesten Ausländerstatistik des Volkswirtschaftsamtes hervorgeht, innert Jahresfrist aufgrund der erleichterten Einbürgerungspraxis leicht verringert. Gesamthaft wurden am 31. Dezember 1987 noch 9521 (9626) Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung registriert, was einem Anteil von 34,2 (35,1) Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Zahl der Einbürgerungen nach dem erleichterten Verfahren belief sich auf 364 Personen.

Die Ausländerstatistik weist gesamthaft 2359 (2438) Personen mit Aufenthaltsbewilligung und 7162 (7188) mit Nie-

derlassungsbewilligung auf. Die 4278 (4278) schweizerischen Staatsbürger, deren Zahl sich offenbar überhaupt nicht verändert hat, erreichen damit einen Anteil von 44,9 Prozent am gesamten Ausländerbestand. An zweiter Stelle folgen die Österreicher, deren Zahl auf 2049 (2163) Personen und deren Anteil auf 21,5 (22,5) Prozent zurückging. Über tausend Personen zählt nur noch die Kolonie der Deutschen mit 1033 (1096) Personen oder einem Anteil von 10,8 (11,4) Prozent, während alle übrigen Nationalitäten unter dieser Marke liegen.

### Erwerbstätigenzahl geringer

Mit dem allgemeinen Rückgang der Ausländerzahl hat sich auch die Zahl der erwerbstätigen Ausländer leicht reduziert. Die Statistik weist noch 5589 (5625) Aufenthalter, Niedergelassene und Saisonarbeitskräfte auf, die am Stichtag erwerbstätig waren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich deren Zahl um 0,6 Prozent verringert, wobei zu berücksichtigen ist, dass 613 (643) in Liechtenstein wohnhafte Ausländer in der Schweiz arbeiten und die Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich in diesen Zahlen nicht berücksichtigt sind.

### Deutlich mehr Grenzgänger

Im Fürstentum Liechtenstein selbst sind 4976 (4982) im Lande wohnhafte

Ausländer erwerbstätig. Zählt man zu diesen Wohnhaften die Grenzgänger-Zupendler aus Vorarlberg und der Schweiz in Höhe von 5687 (4909) Personen hinzu, so waren am 31. Dezember 1987 insgesamt 10 663 (9891) Ausländer in Liechtenstein beschäftigt. Dies entspricht einer Zunahme um 772 Personen oder einer Zuwachsrate von 7,8 Prozent.

Der Gesamtbestand an Grenzgängern hat sich innert Jahresfrist um 15,8 Prozent erhöht, womit die Zuwachsrate etwas über dem letztjährigen Zuwachs von 14,4 Prozent liegt. Aus Vorarlberg wurde 3561 (3071) Grenzgänger registriert, aus der Schweiz betrug die Zahl der Zupendler 2126 (1838) Personen.

### Rund 2000 zogen weg

Gemäss Abgangsstatistik sind im letzten Jahr insgesamt 2005 (1758) ausländische Staatsbürger aus Liechtenstein weggezogen, wovon 270 (297) Schweizer, 554 (425) Österreicher, 368 (304) Italiener.

Die Wegzügler betreffen vor allem die Kategorie der Saisonarbeiter, die mit 1047 (1017) Weggängen zu Buche stehen, während der Wegzug der Jahresaufenthalter 378 (428) Personen und der Niedergelassenen 580 (313) Personen beträgt. (G.M.)

## Entwurf zu neuem Tierschutzgesetz

(paf) – Die Regierung hat beschlossen, den Entwurf zu einem neuen Tierschutzgesetz in die Vernehmlassung zu geben. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis Ende Mai 1988. Interessenten können den Vernehmlassungsentwurf bei der Regierungskanzlei beziehen.

Das geltende Gesetz aus dem Jahr 1936 entspricht den heutigen Anschauungen des Tierschutzes nicht mehr. Bei der Gesetzesrevision wurde der gemeinsame Wirtschaftsraum mit der Schweiz auf der Grundlage des Zollvertrages und des Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen berücksichtigt. Der Gesetzesentwurf orientiert sich denn auch am schweizerischen Tierschutzgesetz von 1978, behält aber in Artikel 12 das Verbot schmerzverursachender Eingriffe an lebenden Tieren zu Versuchszwecken bei, wie dies im geltenden Tierschutzgesetz enthalten ist. Die Strafbestimmungen sind auf das vom Landtag verabschiedete neue Strafgesetzbuch abgestimmt. Die Tierquälerei ist in Paragraph 222 des neuen Strafgesetzbuches geregelt, so dass der Entwurf zu einem neuen Tierschutzgesetz jene Widerhandlungen anspricht, die nicht von den Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Tierquälerei erfasst sind.

## Wirtschaft und Überfremdung

FBP-Fraktion reichte im Landtag eine Interpellation ein

Über die Entwicklung unseres Landes in wirtschaftlicher Hinsicht ist schon viel diskutiert worden. Nun hat die FBP-Fraktion im Landtag eine Interpellation eingereicht, die sich mit Perspektiven der Zukunft befasst.

Die FBP-Abgeordneten wollen von der Regierung konkret wissen, wie die Regierung die bevölkerungsmässige Entwicklung in unserem Land beurteilt und mit welchen Massnahmen die zukünftige Entwicklung beeinflusst werden kann.

Im weiteren wird die Frage an die Regierung gerichtet, wie sie auf die zunehmende Überfremdung am Arbeitsplatz reagiert im Hinblick auf die Erhaltung der liechtensteinischen Identität und unter Berücksichtigung der Interessen der liechtensteinischen Wirtschaft.

Schliesslich enthält die FBP-Interpellation die Frage, welche Zielvorstellungen die Regierung über die Zukunft unserer Volkswirtschaft habe und wie sich die einzelnen Sektoren der Wirtschaft entwickeln sollen. Zudem verlangt die FBP-Interpellation Auskunft darüber, welche Voraussetzungen in den Bereichen der Berufsbildung und des Arbeitsmarktes zu schaffen seien.

## FBP-Postulat über hohe Bodenpreise

Die FBP-Fraktion reichte gestern im Landtag einen Vorstoss über die Entwicklung auf dem Bodenpreissektor ein. Mit dem Postulat wird die Regierung eingeladen zu überprüfen, mit welchen Vorkehrungen der raschen Entwicklung der Bodenpreise begegnet werden kann.

Die Preise für unüberbaute wie überbaute Grundstücke sind in den letzten Jahren sowohl im Baugebiet als auch im Nichtbaugebiet stark gestiegen. Diese Entwicklung wird mit Besorgnis verfolgt, da befürchtet wird, dass in Zukunft es einem Bürger aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich sein wird, Boden zu erwerben. Dies wird unzweifelhaft auch negative Auswirkungen auf eine weite Streuung des Bodeneigentums haben. Die Bodenpreisfrage ist zu einem ernststen gesellschafts- und staatspolitischen Problem geworden. Aus diesem Grunde ist es dringend erforderlich, dass sich die Regierung mit diesem Problem auseinandersetzt und nach entsprechenden Antworten sucht.

## Ministerkonferenz über Massenmedienpolitik

(paf) – Auf Einladung der österreichischen Bundesregierung findet am 12. und 13. April 1988 in Wien eine informelle Europäische Ministerkonferenz über Massenmedienpolitik statt. Liechtenstein ist an dieser Konferenz, die den Entwurf einer Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen erörtert, durch Regierungsrat Wilfried Büchel und Ressortsekretär Marzell Beck vertreten.

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

**THONY** office

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16

Ringe: die schönste Art  
Gemeinsamkeit zu zeigen

4000 verschiedene

**Partner-Ringe**

**DIAMANT-HAUS**

Vaduz, Herrngasse 27, Tel. 075 29090  
Telefonat 24 Stunden